



Thema der Woche:

Tatkraft statt Krisengerede **Wir ziehen die Konsequenzen aus der Wachstumsprognose**

Der weltweite wirtschaftliche Einbruch hinterlässt gerade bei der exportorientierten deutschen Volkswirtschaft tiefe Spuren. Ebenso wie die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Frühjahrsdiagnose erwartet auch die Bundesregierung für dieses Jahr einen deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung, für das nächste Jahr aber eine allmähliche Stabilisierung. Mit einem prognostizierten Rückgang von sechs Prozent wäre dies die tiefste Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Auch die Zahl der Arbeitslosen wird voraussichtlich im Jahresverlauf deutlich zunehmen auf rund 3,7 Millionen. Sie läge damit aber immer noch deutlich unter dem Niveau zu Beginn der Legislaturperiode. Das zeigt: Die erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der unionsgeführten Bundesregierung zahlt sich gerade in der jetzigen schwierigen Situation aus.

Dennoch schließen die Institute einen weiteren deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen im kommenden Jahr nicht aus. Wir müssen deshalb alles tun, um dies zu verhindern. Insbesondere kommt es jetzt darauf an, dass die Bankenkrise rasch bewältigt wird, damit die Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe wieder gestärkt wird. Die Wirtschaftsforschungsinstitute bescheinigen uns zudem, dass mit den in den zwei Konjunkturpaketen getroffenen Maßnahmen das wirtschaftliche Wachstum mittelfristig gefördert wird und nur deshalb eine vorübergehende Finanzierung über Verschuldung vertretbar ist. Übereinstimmung besteht ebenso in der Einschätzung, dass unter den derzeitigen Umständen ein weiteres Konjunkturpaket abzulehnen ist. Was wir jetzt brauchen, ist Kooperationsbereitschaft und Tatkraft statt Krisengerede und Katastrophenszenarien. So können beispielsweise Unternehmensführungen und Belegschaften, wie

teilweise bereits erfolgt, durch flexible betriebliche Vereinbarungen Beschäftigung sichern und die Voraussetzungen schaffen für eine volle Teilhabe am nächsten Aufschwung. Was für die Linke und Teile der SPD erklärtermaßen das Ende der Sozialen Marktwirtschaft ist, ist für uns eine Bewährungsprobe, aus der die Soziale Marktwirtschaft gestärkt hervorgehen wird.

Diese können wir aber nur gemeinsam bewältigen, nicht durch eine Spaltung der Gesellschaft und durch Panikmache. Das im letzten Monat vom SPD-Spitzenkandidaten Steinmeier vorgestellte Wahlprogramm der SPD bietet hierfür leider keine Rezepte an. Wir halten auch nichts davon, „soziale Unruhen“, wie durch den Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB Michael Sommer und leider auch durch die Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, Frau Gesine Schwan, geschehen, herbeizureden. Solche Äußerungen sind in höchstem Maße verantwortungslos und verunsichern mehr, als dass sie helfen. Mit solchen Begriffen sollte man nicht leichtfertig umgehen, wenn man, wie Sommer, eine führende Position bei den Gewerkschaften bekleidet, oder sich gar um das höchste Staatsamt der Bundesrepublik bewirbt. Hier wird von interessierter Seite gezündelt und sogar ein drittes Konjunkturprogramm gefordert, ohne die bisherigen Maßnahmen mit einem Volumen von 80 Milliarden Euro anlaufen zu lassen.

Nach unserer Auffassung müssen jetzt erst einmal die beiden anderen, vor allem das zweite Konjunkturpaket, ihre volle Wirkung entfalten. Mit Blick auf die starken Importe des Exportweltmeisters Deutschland gehen im Gegensatz zu den USA trotz aller negativen Vorzeichen von hier aber noch immer positive Impulse aus, die stabilisierend auf die Weltwirtschaft wirken.

EU begründet die „Östliche Partnerschaft“

An diesem Donnerstag, dem 7. Mai, begründete die Europäische Union auf ihrem Gipfel in Prag offiziell die „Östliche Partnerschaft“. Mit dieser Initiative soll die Zusammenarbeit der EU mit den Ländern Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Weißrussland ausgebaut werden. Ziel ist es, den Aufbau von Verwaltungsstrukturen und Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen, gute Regierungsführung, Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern, die wirtschaftliche Zusammenarbeit durch Freihandelszonen zu verbessern sowie die Mobilität zu erleichtern und die gemeinsamen Außengrenzen besser zu schützen.

Darüber hinaus stehen Fragen der Energiesicherheit im Mittelpunkt. Die Kommission schlägt dafür eine Aufstockung finanzieller Mittel von 450 Millionen Euro im Jahr 2008 auf 785 Millionen Euro im Jahr 2013 vor. Regelmäßige Frühjahrstreffen zwischen den Außenministern der 27 EU-Mitgliedstaaten und den sechs der Östlichen Partnerschaft angehörenden Ländern sollen zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit beitragen. Zusätzlich wird eine gemeinsame parlamentarische Plattform mit dem Europäischen Parlament und Abgeordneten aus den sechs Ländern der Östlichen Partnerschaft entstehen. Wir begrüßen die Östliche Partnerschaft ausdrücklich. Fünf Jahre nach der Osterweiterung der EU ist es in unserem eigenen Interesse, die innere Stabilität dieser Länder zu stärken. Wir brauchen einen Ring aus stabilen und verbündeten Staaten um die EU herum. Diese Form der europäischen Nachbarschaftspolitik, so wie sie auch schon im Mittelmeerraum zur Anwendung kommt, ist ein geeignetes Mittel, um neue Möglichkeiten der gegenseitigen Kooperation zu schaffen, die für beide Seiten gewinnbringend sind, ohne automatisch eine Mitgliedschaft in der EU in Aussicht zu stellen.

Bericht zur Nachhaltigen Entwicklung

Der in dieser Woche vorgelegte zweite Bericht des parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung in dieser Legislaturperiode gibt einen Überblick über die Arbeit dieses Gremiums im Zeitraum April 2006 bis März 2009. Für die kommende Legislaturperiode wird angeregt, den parlamentarischen

Beirat für nachhaltige Entwicklung unmittelbar nach Beginn der Legislaturperiode einzusetzen und zudem über die Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung stärker in das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren einzubeziehen.

Höchstspannungsleitungsbau erleichtert

Mit dem in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus für Höchstspannungsnetze werden die Rahmenbedingungen für den Ausbau der Stromübertragungsnetze verbessert. Der Ausbau des Anteils erneuerbarer Energie an der Stromerzeugung, der grenzüberschreitende Stromhandel und neue konventionelle Kraftwerke machen den zügigen Bau neuer Höchstspannungsleitungen in Deutschland dringend erforderlich.

Wesentliches Element des Gesetzes ist das Energieleitungsausbaugesetz. Es schafft eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für 24 vordringliche Leitungsbauvorhaben auf der Ebene der Höchstspannungsübertragungsnetze (380 Kilovolt). Das Gesetz ermöglicht außerdem die Verlegung von Erdkabeln im Rahmen von vier Pilotprojekten auf technisch und wirtschaftlich effizienten Teilabschnitten. Damit sollen Erfahrungen mit Erdkabeln im Höchstspannungsübertragungsnetz gesammelt werden. Darüber hinaus wird für die Anbindungsleitungen von Offshore-Windanlagen ein Planfeststellungsverfahren eingeführt, das die bisherigen Einzelgenehmigungen ersetzt.

Menschenrechtspolitik der EU

Der in dieser Woche vorgelegte Jahresbericht 2008 zur Menschenrechtssituation informiert über die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union im Zeitraum vom 1. Juli 2007 bis 30. Juni 2008. Dieser jährliche Bericht ist eine wichtige Dokumentation der internen und externen Menschenrechtspolitik der EU und ihrer Arbeit in multilateralen Gremien.

Zitat

„Klinsmann und Magath wären frei.“
(Ministerpräsident Oettinger am Dienstag in Stuttgart auf die Frage, ob er nach einem Nachfolger für LBBW-Chef Siegfried Janschinski sucht.)